

Schöneberger Forum 2003	2-4
<p>Thematische Foren zu Gender Mainstreaming, Reformentwürfen für den öffentlichen Dienst aus Nordrhein-Westfalen, Personalentwicklung und Gesundheitsförderung</p>	
Abstriche bei der Beihilfe	4

INFORMATIONEN

für Beamtinnen und Beamte

www.beamten-informationen.de

Frank Bsirske zu Perspektiven der Beschäftigten

Teilhabe am Staat

Öffentliche Dienstleistungen sind unverzichtbar, ohne Mitwirkung der BürgerInnen jedoch nicht mehr zu bewältigen. Davon gingen die Überlegungen des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske zu „Perspektiven der Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ aus. „Aktivierung der Bürger ist nicht als Konkurrenz, sondern als Bereicherung zu verstehen“, erklärte Bsirske.



Mit den BürgerInnen sollten Qualitätsziele formuliert werden wie erweiterte Öffnungszeiten von Kindertagesstätten. Der öffentliche Dienst solle zudem „Ernst machen mit Beschwerdemanagement“ und „Qualitätsstandards veröffentlichen“.

Solche Anforderungen verpflichteten zu einer anderen Ausbildung der Beschäftigten und zu mehr Mitarbeiterbeteiligung. Bedeutsamer würden Moderations- und Verhandlungsgeschick, Personal- und Führungskräfteentwicklung. Bsirske sieht es als tarifpolitische Aufgabe, Führung auf Zeit festzuschreiben. Er sprach sich dafür aus, das Tarif- und das Beamtenrecht zu modernisieren. Zum modernen Beamtenrecht zählte er das Streikrecht. Die Modernisierung des öffentlichen Dienstes sei jedoch „nicht befriedigend lösbar“, wenn die Finanzen weiter wegbrechen würden. Gewerkschaften sollten daher Einfluss nehmen auf die Steuerpolitik und Bestrebungen, öffentliche Dienstleistungen weiter zu liberalisieren.



Fotos: Clif Bruchmann

Was muss der Staat auch zukünftig leisten? Darüber diskutierten der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, Innenstaatssekretär Dr. Götztrik Wewer (v.l.) und der Vizepräsident des Industrieverbands BDI Dr. Arend Oetker (r.) im ersten Plenum des Schöneberger Forums.

Schöneberger Forum des DGB zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen

Den Bürger fragen

Was kann und was muss der Staat leisten? Darüber diskutierten beim 6. Schöneberger Forum der DGB-Vorsitzende, Staatssekretär Wewer und der Vizepräsident des Industrieverbands BDI. Über 400 Menschen besuchten das Forum am 18. und 19. November in Berlin.

Mehr Wettbewerb und weniger Bürokratie, das sind für den Vizepräsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Grundelemente einer modernen Verwaltung. Wettbewerb schaffe Kosteneffizienz, argumentierte Dr. Arend Oetker beim 6. Schöneberger Forum zum Thema „Zukunft öffentlicher Dienstleistungen – Perspektiven für Bürger, Wirtschaft, Beschäftigte“. Oetker will stärkeren Wettbewerb insbesondere bei der öffentlichen Daseinsvorsorge sehen. Öffentliche Betriebe dürften gegenüber privaten Dienstleistern nicht bevorzugt werden, beispielsweise durch niedrigere Steuern. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer warnte vor der Praxis zu privatisieren, wenn sich ein Unternehmer finde und ansonsten zu sub-

ventionieren. Für Bildung, öffentliche und soziale Sicherheit sei der öffentliche Dienst unerlässlich und trotz elektronischer Verwaltungsabläufe per E-Government müssten die BürgerInnen auf dem Bürgeramt einen Pass verlängern können. Oetker erachtete E-Government als einen Schlüssel zur modernen Verwaltung.

Innenstaatssekretär Dr. Götztrik Wewer berichtete, dass beim Bund am Jahresende 268 von 440 onlinefähigen Dienstleistungen elektronisch ablaufen. Die Bundesverwaltung arbeite kundenfreundlicher und zielorientierter mit 6.000 Menschen weniger als vor der Wiedervereinigung. Heftige Kritik an diesen nach „Top-Down-Mentalität“ verordneten Neuerungen musste sich Wewer vom saarländischen GdP-Vorsitzenden Carsten Baum anhören. Unter dem Titel „Government by Oma“ schlug er vor: „Man sollte mal den Bürger fragen, was er möchte und was er bereit ist, für den selbst definierten Standard auszugeben.“

Weitere Informationen und ausführliche Berichte zu den Diskussionsforen im Internet unter: www.schoeneberger-forum.de



Forum zu Gender Mainstreaming Kleine Stiche

Noch bestimmen mehr Fragen als Antworten die Diskussion über Strategien zur Gleichstellung von Frauen und Männern – so auch im Forum „Gender Mainstreaming – Impuls für Veränderungen“. Gender Mainstreaming geht über die bisherige Gleichstellungspolitik hinaus. Veränderte Rahmenbedingungen im Arbeitsleben und für die Familienzeit sollen Chancengleichheit herstellen. Dazu wird die Lebenssituation von Männern und Frauen gleichermaßen in Projektplanungen und Entscheidungen einbezogen.

„Will man etwas gendern“, so die Soziologin Dr. Karin Tondorf, „muss man zunächst die Benachteiligungen analysieren und Ziele definieren.“ Das könne schon dadurch ins Stocken geraten, dass geschlechterspezifische Daten fehlen. Dieses Manko werde beim DGB gerade behoben, um die Arbeitszeit neu zu gestalten, berichtete Marika Briedigkeit von der Abteilung Öffentlicher Dienst/Beamte.

In den Satzungen von DGB und ver.di ist Gender Mainstreaming verankert. Gender-Beauftragte stellen bei Arbeitsbedingungen, Stellenbesetzungen oder Tarifverträgen die Geschlechterfrage. Im allgemeinen Bewusstsein ist das Prinzip aber noch nicht. Ein Personalrat beklagte, dass in der Beamten-Behilfe zwar Mutter-Kind-Kuren, aber keine Vater-Kind-Kuren vorgesehen seien.

Vor keinem Gericht ließen sich Anforderungskriterien in Aufstiegsprofilen unterbinden, die Frauen benachteiligen, verdeutlichte die saarländische Frauenministerin Dr. Regina Görner. Als Beispiel aus Tarifverhandlungen führte sie die ungleiche Eingruppierung des Leiters der Garage und der Leiterin der Küche an.

Görner steht für die Taktik der kleinen Schritte, um Gender Mainstreaming nach und nach zu realisieren: „Überall kleine Stachel ins Fleisch stechen.“ Vollmundigen Ankündigungen stehe noch nichts „Nachhaltiges“ gegenüber. Daran, dass der Gender-Prozess gesamtgesellschaftlich auf den Weg gebracht wird, glaubt Görner nicht.

Briedigkeit regte ein Netzwerk zum Erfahrungsaustausch an, um beim nächsten Schöneberger Forum Umsetzungskriterien diskutieren zu können.



Verfechter und Kritiker des Reformentwurfes aus Nordrhein-Westfalen: Reformbeauftragter Wolfgang Riotte, DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock und Prof. Heinrich Wolff (v.l.).

Forum zu Nordrhein-Westfalens Reformvorschlägen im öffentlichen Dienst

Nicht der „große Wurf“

Eine Verfassungsänderung für ein neues Beamtenrecht wäre zu weit gegriffen, darunter sind jedoch Reformen möglich. So urteilten DGB und Nordrhein-Westfalens (NRW) Reformbeauftragter im Forum „Reformkommission NRW – Weichenstellung für ein neues Dienstrecht?“

Der „große Wurf“, wie ihn die NRW-Regierungskommission beabsichtigt, werde wohl nicht gelingen. DGB-Bundesvorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock bezweifelte, dass sich eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit für die Abschaffung des Berufsbeamtentums finden würde. Die Aussichten, ein einheitliches Dienstrecht für Beamte, Angestellte und ArbeiterInnen zu schaffen, seien

„im Moment schlecht“, räumte auch der NRW-Reformbeauftragte Wolfgang Riotte ein. Bevor eine Grundgesetz-Änderung angegangen werden könne, müsse „das Grundproblem“ der Altersversorgung gelöst sein. Krankenversicherung und Altersversorgung seien „durchaus reformbedürftig“, stimmte Heinrich Wolff zu. Beim Dienstrecht hatte der Rechtsprofessor jedoch Einwände. Das Beamtenrecht gewährleiste eine unabhängige, an Sachentscheidungen orientierte Verwaltung. Wolle man dies im Kern nicht erhalten?

Sehrbrock plädierte dafür, das bestehende System zu reformieren. Ohne Grundgesetzänderung könnten Riotte zufolge leistungsbezogene Gehaltsbestandteile oberhalb einer bestimmten Verdienstgrenze eingeführt werden.

„Wenn mal was passiert, möchte ich Sicherheit haben.“

Wir sind der größte Versicherer des Öffentlichen Dienstes. Mehr Informationen über die günstigen Versicherungs- und Bausparangebote der HUK-COBURG erhalten Sie unter 0 95 61 / 96 51 51 oder per Internet unter www.HUK.de. Unsere Vertrauensleute, Kundendienstbüros und Geschäftsstellen finden Sie im Telefonbuch unter „HUK-COBURG“.

HUK-COBURG
Da bin ich mir sicher

Forum zu Personalentwicklung

Gestalten dürfen

Welche MitarbeiterInnen braucht eine moderne Verwaltung, die schnell, kostenbewusst und kundenfreundlich handeln soll? Hans Joachim Hilbertz entwarf im Forum „Personalentwicklung: Effektive Verwaltung – motivierte Beschäftigte“ ein Bild von MitarbeiterInnen, die eigenverantwortlich mitgestalten. Die Leistung des öffentlichen Dienstes hänge vom Können, Wollen und Dürfen der Beschäftigten ab, sagte der Vorstand der Kommunalen Gemeinschaftsstelle. Personalentwicklung müsse darauf abzielen, die Beschäftigten zu beteiligen und Führungskräfte nach sozialen, nicht nur nach Fachkompetenzen auszuwählen. Hans Nicht, Personalleiter bei der Stadt Mannheim, sprach sich für Personalmanagement aus, das die Potenziale der Belegschaft erkennt und fördert. Leistungsanreize seien nicht einziger Motivationsfaktor, stellte der Unternehmensberater Dr. Helmut Kauther heraus. Wichtig und ausbaufähig seien Zielvereinbarungen. Es komme darauf an, realistische Ziele zu vereinbaren und einzuhalten.

Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut kritisierte, die Laufbahnverordnung erschwere im Beamtenbereich eine Personalentwicklung. Auch Stellenwegfall trüge nicht dazu bei, Beschäftigte für Personalentwicklung zu gewinnen.

Forum zu Beschäftigung in Privatunternehmen

Rechte wahren

Privatwirtschaftliche Anforderungen und gesetzlicher Beschäftigungsauftrag prallten im Diskussionsforum „Beschäftigungsbedingungen für Beamtinnen und Beamte in privatisierten Unternehmen“ aufeinander. Telekom-Personalvorstand Dr. Heinz Klinkhammer will das Dienstrecht der Beamtinnen und Beamten beim Postnachfolger Telekom an das Arbeitsrecht der Tarifbeschäftigten angleichen. Ver.di-Bundesbeamtensekretär Klaus Weber betonte, Arbeits- und Dienstrecht müssten gleichzeitig angewendet werden wie im Postpersonalrechtsgesetz vorgesehen.

Klinkhammer möchte den Telekom-Töchtern Beamtinnen und Beamte zuweisen können. Der bevorstehende Abbau von 40.000 Stellen mache es zudem notwendig, dass auch sie einen Beitrag zur Beschäftigungssicherung leisteten. Da ihr Grundgehalt nicht angetastet werden könne, solle die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich gekürzt werden.

Rolf Adrian vom Bundesfinanzministerium teilte die Ansicht, mit nicht alimentationsfesten Gehaltsbestandteilen könne ein Beitrag geleistet werden. Die Rechtsstellung der Beamtinnen und Beamten müsse jedoch gewahrt bleiben. Der Ansicht des Rechtswissenschaftlers Prof. Dieter Sterzel, sie dürften nicht schlechter gestellt werden als andere Bundesbeamte, widersprach er.



Über Chancen und Risiken elektronischer Verwaltungsangebote diskutierten Dr. Helmut Fogt vom Deutschen Städtetag, Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und ver.di-Vorstand Christian Zahn (v.l.).

Forum zu E-Government

Online-Dienste für alle

E-Government biete große demokratische Chancen – vorausgesetzt die Spaltung der Gesellschaft in Wissende und Unwissende werde verhindert und die VerwaltungsmitarbeiterInnen zu Machern ausgebildet. Das betonten ver.di-Bundesvorstand Christian Zahn und die saarländische Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) in der Diskussion um „E-Government – öffentliche Dienstleistungen online“. Technische und kulturelle Barrieren, die BürgerInnen daran hindern, öffentliche elektronische Angebote zu nutzen, müssen Zahn zufolge ausgeräumt werden. Kramp-Karrenbauer will es dem Bürger überlassen, ob er persönlich im Rathaus erscheint, anruft, ein Fax schickt, eine E-Mail schreibt oder sich auf einem Internet-Portal anmeldet.

Wie Dr. Helmut Fogt vom Deutschen Städtetag berichtete, bereiten Städte und Gemeinden mittlerweile Transaktionsangebote für die BürgerInnen vor. Voraussetzung in den Verwaltungen sei, Schnittstellen zu identifizieren und die Arbeitsorganisation neu zu gestalten. Er warnte davor, das Internetangebot auf vorhandene Arbeitsstrukturen aufzusatteln.

Die MitarbeiterInnen will Kramp-Karrenbauer bei der Umstellung auf elektronische Dienstleistungen in der Rolle der Macher, nicht der Betroffenen sehen. Es sei sehr wichtig, sie zu qualifizieren und Weiterbildung anzubieten. Zahn merkte an, dass die meisten Neuerungen beim E-Government geeignet seien, Leistung und Verhalten der Beschäftigten zu überwachen. Somit unterlägen sie der Mitbestimmung.

So günstig kann Sicherheit sein!

Egal, ob Sie zum Beispiel Ihre Gesundheit, Ihren Lebensstandard oder Ihre Familie günstig absichern möchten: Bei der DebeKa sind Sie auf alle Fälle gut aufgehoben, denn hier stimmen Preis, Leistung und Service.

Stellen Sie uns auf die Probe. Wir berechnen Ihnen gerne, für Sie völlig unverbindlich, Ihr persönliches Angebot.

Die DebeKa-Gruppe - überzeugende Testergebnisse!

Capital
2202, 1001, 601

FocusTest
402, 801, 901

DebeKa
Krankenversicherungsverein a. G.
Lebensversicherungsverein a. G.
Allgemeine Versicherung AG

Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil.

Hauptverwaltung: 55058 Koblenz, Tel. (02 61) 4 98 - 13 99,
Fax (02 61) 4 14 02, Internet www.debeKa.de

Die DebeKa Lebensversicherungsverein a. G. ist
Kassenzulassung für
Das RentenPlus

Einschnitte bei Beamten-Beihilfe Mehr zuzahlen

Die Beamtinnen und Beamten müssen voraussichtlich ab 1. Januar 2004 mit Einschnitten in der staatlichen Beihilfe rechnen. Die Bundesregierung beabsichtigt, die dann mit dem Modernisierungsgesetz in Kraft tretenden Änderungen in der gesetzlichen Krankenversicherung auf sie zu übertragen. Der Bund verspricht sich hiervon, bis zu sechs Prozent der Beihilfeausgaben einzusparen. In der Besoldungsrunde 2005 könnte die private Absicherung des Krankengeldes eine Rolle spielen.

Die Beamtinnen und Beamten müssen sich darauf einrichten, höhere Eigenbehalte für Arzneimittel und bei Krankenhausaufenthalten tragen zu müssen. Sie sollen keine Zuzahlungen zu Brillen mehr bekommen und nicht mehr bei Aufwendungen in Todesfällen unterstützt werden. Eingeschränkt werden sollen auch Fahrkosten im Zusammenhang mit notwendigen ärztlichen Behandlungen. Ab 1. Januar 2005 werden voraussichtlich auch Leistungen zum Zahnersatz gestrichen.

In manchen Bundesländern könnten sich die Regelungen noch stärker auswirken, da diese auf die Bundesvorschriften Bezug nehmen und zusätzlich noch Regelungen wie Kostendämpfungspauschalen eingeführt haben. Wenn diese Länder die Bundesvorschriften 1:1 übernehmen und daneben ihre Regelungen unverändert beibehalten, könnte dies zu Lasten der betroffenen Beamtinnen und Beamten über die vom Bundesgesetzgeber gegenüber den Ländern empfohlene wirkungsgleiche Übertragung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes hinausgehen.

Der DGB wird noch in diesem Monat eine Stellungnahme zu den geänderten Beihilfavorschriften abgeben.

Frohe Weihnachten

Die Redaktion des DGB-Beamten-Infos wünscht allen Leserinnen und Lesern ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr. Die nächste Ausgabe erscheint am 14. Januar 2004.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,
Abt. Öffentlicher Dienst/Beamte,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Tel.: 0180/583-5226,
Fax: 0180/532-9226
infoservice@beamten-informationen.de
www.beamten-informationen.de
Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid
Sehrbrock; Redaktion: Barbara Haas,
Uwe Tillmann; Druck: toennes druck +
medien gmbh, erkrath;
Gestaltung: twmd GmbH

Forum zu Gesundheitsförderung und Frühpensionierung

Kaum Präventionsarbeit

Gesundheitsförderung im öffentlichen Dienst ist noch zu unbedeutend, als dass sie Frühpensionierung oder Dienstunfähigkeit verhindern könnte. Mit diesem Fazit schloss die Diskussion im Forum „Gesundheitsförderung versus Frühpensionierung“.

Aus Sicht der Betriebskrankenkassen verläuft die betriebliche Gesundheitsförderung hierzulande auf qualitativ niedrigem Niveau. In höchstens 20 Prozent aller Verwaltungen werde Gesundheitsförderung umgesetzt, wie Dr. Reinhold Sochert vom Europäischen Informationszentrum des Bundesverbands der Betriebskrankenkassen angab. Konzepte für ältere Beschäftigte fehlten völlig.

Hamburg hat in Gesundheitsförderung investiert und die Prävention zum „Maßstab aller Dinge“ erkoren. Das Personalamt hat nach Angaben seines Leiters Dr. Volker Bonorden in Zusammenarbeit mit dem Personalrat ein ganzheitliches Personalmanagement geschmiedet. Das Konzept beruhe auf Wert-

schätzung der Arbeit aller Beschäftigten und offenen Gesprächen über Lösungswege bei Problemen, zum Beispiel Qualifikation für Aufgaben an einem anderen Arbeitsplatz.

Für alter(n)sgerechte Arbeitsbedingungen ist der BAT nach Ansicht von Reinhard Marckwald von der GEW unzureichend. Um LehrerInnen vor Frühpensionierung zu bewahren, sei die Altersgrenze von 65 Jahren im Beamtenrecht unpraktikabel. LehrerInnen sollten ohne Versorgungsabschläge vorzeitig ausscheiden können.

Gesundheitsbeeinträchtigend bei der Bahn sind insbesondere die Schicht-, Nacht- und Wochenenddienste. Nachdem 1996 sieben Gesundheitszentren eingerichtet wurden, hat sich laut Gottfried Geisel (TRANSNET) die Krankheitsanalyse und -therapie zwar verbessert. Arbeitsplatzabbau, fehlende Identifikation und mangelndes Vertrauen in Führungskräfte hätten aber dazu geführt, dass 2002 bei den Bahnbeamtinnen und -beamten die Dienstunfähigkeit bei 60, der Vorruchstand noch immer bei 33 Prozent gelegen habe.



Außer in Hamburg ist Gesundheitsförderung noch nicht „Maßstab aller Dinge“. Das stellten Gottfried Geisel von TRANSNET, Dr. Reinhold Sochert vom Bundesverband der Betriebskrankenkassen, Reinhard Marckwald (GEW) und Personalamtsleiter Dr. Volker Bonorden (v.l.) bei der Diskussion fest.